



Ça y est? Im Kanton Zürich soll in der Primarschule künftig kein Französisch mehr unterrichtet werden. Foto: Gaëtan Bally

Nestlé-Chef verliert Amt nach Affäre mit Mitarbeiterin

Laurent Freixe Der Schweizer Lebensmittelriese Nestlé hat gestern überraschend den 63-jährigen Konzernchef Laurent Freixe entlassen. Der Verwaltungsrat reagierte damit auf eine interne Untersuchung, die eine romantische Beziehung Freixes zu einer ihm direkt unterstellten Mitarbeiterin ans Licht gebracht hatte. Nach Einschätzung des Gremiums versties er damit sowohl gegen den firmeneigenen Verhaltenskodex als auch gegen interne Regeln.

Zum Nachfolger bestimmte der Verwaltungsrat den bisherigen Nespresso-CEO Philipp Navratil. Die strategische Linie des Konzerns bleibe bestehen, hiess es. Zugleich wolle man die Wachstumsziele und Effizienzsteigerungen künftig mit höherem Tempo vorantreiben, erklärte Nestlé in einer Mitteilung.

«Unvermeidbare Trennung»

Die Abklärung der Vorwürfe gegen Freixe erfolgte unter Aufsicht von Paul Bulcke, der Ende des Jahres als Verwaltungsratspräsident abtritt, sowie seines Nachfolgers Pablo Isla. In der Mitteilung erklärte Bulcke, die Trennung sei unvermeidbar gewesen, zugleich würdigte er die jahrzehntelange Tätigkeit Freixes für den Konzern.

Mit der Ernennung Navratils setzt Nestlé auf eine Führungskraft aus den eigenen Reihen. Der 48-Jährige arbeitet seit 2001 für das Unternehmen, wo er seine Laufbahn in der internen Revision begann. Nach mehreren Stationen im In- und Ausland übernahm er 2023 die Leitung von Nespresso und rückte zu Jahresbeginn in die Konzernleitung auf.

Mit dem Abgang von Freixe geht der Mann, in den Nestlé grosse Hoffnungen gesetzt hatte. Er sollte den Konzern auf die Erfolgsspur zurückzubringen, nachdem die Strategie seines Vorgängers Mark Schneider, vermehrt auf Innovationen wie pflanzenbasierte Produkte zu setzen, nicht aufgegangen war und der Konzern an der Börse stark an Wert verloren hatte.

Urs Nagel und **Edith Hollenstein**

Weitere Lausanner Polizisten vom Dienst suspendiert

Rassismus Die Stadt Lausanne hat in der Polizei-affäre gestern vier weitere Suspendierungsverfahren eingeleitet. Vier an WhatsApp-Gruppen mit diskriminierenden Nachrichten beteiligte Polizeibeamte waren bereits in der vergangenen Woche suspendiert worden. «Alle Personen, welche die während der Pressekonferenz ausgestrahlten Bilder gesendet haben und weiterhin für die Lausanner Polizei arbeiten, sind von diesen acht sofortigen Suspendierungsmassnahmen betroffen», heisst es in einer Medienmitteilung der Stadt. Nach dem derzeitigen Kenntnisstand werde es keine weiteren Suspendierungen im Zusammenhang mit der Administrativuntersuchung geben. Die Stadt baue derzeit gemeinsam mit einer grossen Anwaltskanzlei eine Struktur auf, die es Polizeibeamten ermögliche, «absolut vertraulich zu sprechen», hiess es im Communiqué weiter. (SDA)

Nach Zürichs Nein zum Frühfranzösisch will Baume-Schneider Gesetz ändern

Streit um Sprachunterricht Der Zürcher Kantonsrat will die Französischlektionen in der Primarschule abschaffen. Wie reagiert die zuständige Bundesrätin, und was machen die anderen Kantone? Die wichtigsten Antworten.

Markus Brotschi

Der Zürcher Kantonsrat will den Französischunterricht in der Primarschule abschaffen. Er forderte die Regierung mit einer Motion auf, ihn auf die Sekundarschule und das Gymnasium zu beschränken. Begründet wurde der Schritt mit dem überladenen Lehrplan der Primarschule.

— Wie reagiert der Bundesrat auf den Zürcher Entscheid zu Frühfranzösisch?

Das Innendepartement von Elisabeth Baume-Schneider nimmt den Entscheid des Zürcher Kantonsrats «mit Beunruhigung zur Kenntnis». Die Mehrsprachigkeit sei ein Wesensmerkmal der Schweiz und das Lernen einer zweiten Landessprache für den nationalen Zusammenhalt von grosser Bedeutung, heisst es in der Stellungnahme. Der Beschluss des Zürcher Kantonsrats gefährde den nationalen Sprachenkompromiss.

— Wird der Bundesrat nun eingreifen?

Das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) verweist darauf, dass es den Kantonen freistehe, innerhalb der Konferenz der kantonalen Bildungsdirektionen eine Neuverhandlung der Sprachenstrategie zu verlangen. Für den Fall, dass die Kantone aus dem geltenden Sprachenkompromiss ausscherten, droht aber ein Eingreifen des Bundes. Aus dem EDI ist zu hören, dass Bundesrätin Baume-Schneider in diesem Fall eine Ergänzung des Sprachengesetzes vorschwebt. Dort soll festgeschrieben werden, dass der

Der Beschluss der Zürcher gefährdet den nationalen Kompromiss, heisst es aus Bern.

Unterricht in einer zweiten Landessprache in der Primarschule beginnen muss. Sie will im Bundesrat in naher Zukunft eine Aussprache dazu führen.

— Welche Kantone planen eine Abschaffung von Frühfranzösisch?

In 12 der 19 Deutschschweizer Kantone (inklusive Zürich) sind entsprechende parlamentarische Vorstösse pendent oder bereits beschlossen worden. Hängig sind die Entscheide in den Kantonen St. Gallen, Thurgau, Bern, den beiden Basel, Luzern, Nidwalden, Schwyz und Zug. Bereits diesen

Frühling hat Appenzell Ausserrhoden entschieden, den Französischunterricht auf Primarstufe abzuschaffen. Der Aargauer Grosse Rat hat beschlossen, dass Primarschulkinder nur noch Französisch lernen sollen, wenn sie in Deutsch gut genug sind.

— Wie reagieren kantonale Bildungsdirektoren auf die Motion aus Zürich?

Für die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) sind die Mehrsprachigkeit und das Sprachenlernen zentrale Anliegen der Volksschulbildung. Das Erlernen einer zweiten Landessprache trage wesentlich zur nationalen Kohäsion und zum gegenseitigen Verständnis zwischen den Sprachregionen bei, teilt EDK-Präsident Christophe Darbellay mit. Die EDK werde die Herausforderungen beim Unterrichten in den Landessprachen und in Englisch sowie die verschiedenen Handlungsmöglichkeiten auf interkantonaler Ebene an den kommenden Sitzungen weiterdiskutieren.

— Warum erwog der Bundesrat bereits vor zehn Jahren, zu intervenieren?

Vor zehn Jahren wollten der Thurgau und einige kleine Kantone Frühfranzösisch abschaffen. Damals drohte das Innendepartement unter Alain Berset mit einer Gesetzesvorlage, die alle Kantone zum Unterrichten einer zweiten Landessprache auf Primarstufe verpflichtet hätte. Die Kantone wollten damals eine solche Intervention jedoch verhindern. Der Thurgau lenkte schliesslich ein,

womit ein Eingreifen des Bundes hinfällig wurde. Allerdings hielt der Bundesrat damals fest, dass der Bund die Situation neu beurteilen werde, falls «ein Kanton entscheidend von der harmonisierten Lösung in der Sprachenfrage abweicht».

— Warum kann sich der Bundesrat in die kantonale Bildungspolitik einmischen?

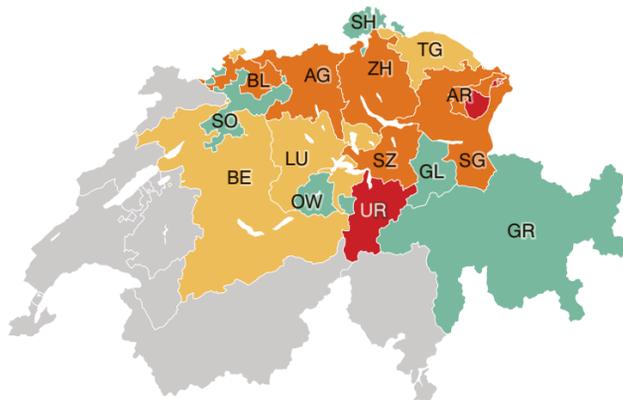
Grundsätzlich liegt die Bildungshoheit bei den Kantonen. Allerdings verlangt die Bundesverfassung eine Harmonisierung der Lehrpläne. Dies gibt dem Bundesrat die Kompetenz, einzugreifen, falls die Kantone ihre Lehrpläne nicht abstimmen. Mit dem 2009 in Kraft getretenen Harmonisierungskonkordat haben sich die Kantone auf harmonisierte Lehrpläne geeinigt. Beim Fremdsprachenunterricht basieren diese auf der Sprachenstrategie, die die Kantone 2004 gemeinsam erarbeitet hatten. Die Strategie sieht vor, dass alle Kinder bis zum Ende der Volksschule zwei Fremdsprachen lernen – eine ab der 3. und eine ab der 5. Klasse.

— Hielten sich denn bisher alle Kantone an die Sprachenstrategie?

Mit Ausnahme von Uri und Appenzell Innerrhoden haben sich bisher alle Kantone an diese Vorgabe gehalten. Nur Uri und Innerrhoden haben Frühfranzösisch nie eingeführt. Weil es sich dabei um kleine Kantone handelt, sah der Bundesrat keinen Anlass, einzuschreiten. Über 99 Prozent der Schulkinder in der Schweiz werden gemäss dem Sprachenkompromiss unterrichtet.

Französisch-Unterricht in der Primarschule

In zwölf Kantonen in der Deutschschweiz laufen Bestrebungen, Frühfranzösisch zu kippen. Zwei haben es gar nie eingeführt.



- Französisch wird erst in der Oberstufe unterrichtet
- Bestrebungen, Französisch auf die Oberstufe zu verschieben
- Vorstösse gegen Frühfranzösisch hängig
- keine Vorstösse gegen Frühfranzösisch hängig

Grafik: can, cb / Quelle: Eigene Recherche, EDK